

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Gudrun Kopp, Hellmut Königshaus,
Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/2658 –**

Doha-Runde wieder beleben – WTO-Generaldirektor als Schlichter einsetzen

A. Problem

Berufung des Generaldirektors der WTO als Schlichter zur Abwendung eines Scheiterns der Welthandelsrunde; Unterstützung eines Aktionsplanes des EU-Handelskommissars betreffend Sofortmaßnahmen für die am wenigsten entwickelten Länder.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

den Antrag auf Drucksache 16/2658 abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2006

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Ulla Lötzer
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ulla Lötzer

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/2658** wurde in der 57. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Oktober 2006 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Auswärtiger Ausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Nach dem Willen der Fraktion der FDP soll der Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO) als Schlichter nach dem vorläufigen Verhandlungsstopp der Doha-Runde eingesetzt werden. Die WTO-Mitglieder sollten den Generaldirektor bewusst beauftragen, ein Kompromisspapier zu entwerfen, das als weitere Verhandlungsgrundlage dienen kann. Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, der Bedeutung des freien Welthandels mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Der Bundeswirtschaftsminister müsse seine Einflussmöglichkeiten nutzen. Dazu biete sich die deutsche Ratspräsidentschaft in der EU im ersten Halbjahr 2007 an. Die Regierung soll ebenso die Pläne des EU-Handelskommissars Peter Mandelson für einen Aktionsplan unterstützen, der Soforthilfen für die am wenigsten entwickelten Länder vorsieht. Mandelsons Aktionsplan, der eine Aufstockung der handelsbezogenen Entwicklungshilfe, Bürokratieabbau bei den Zollverfahren, einen quotenfreien Marktzugang und einfachere Streitschlichtungsverfahren vorsehe, könne den ärmsten Ländern der Welt Chancen eröffnen, am Handel teilzunehmen und Wohlstand aus eigener Kraft zu schaffen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/2658 verwiesen.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 28. Sitzung am 8. November 2006 beraten und mit den Stimmen

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 31. Sitzung am 8. November 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 25. Sitzung am 8. November 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 22. Sitzung am 8. November 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/2658 in seiner 23. Sitzung am 8. November 2006 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/2658 zu empfehlen.

Berlin, den 8. November 2006

Ulla Lötzer
Berichterstatteerin

